

Antrag 78/II/2023**UBV Oder-Spree, UBV Märkisch-Oderland****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus im ländlichen Raum**

1 Der Landesparteitag möge beschließen: Die Lan-
2 desregierung wird aufgefordert, den sozialen Woh-
3 nungsbau auch im ländlichen Raum deutlich zu
4 stärken. Mit früheren „LPG-Wohnungen“ stehen ge-
5 eignete Wohnungsbestände für großflächige Sanie-
6 rungen bereit, allerdings fehlt es den betroffenen
7 Kommunen im ganzen Land an Eigenmitteln. Ange-
8 sichts wachsenden Drucks auf den Wohnungsmarkt
9 nun auch auf den ländlichen Raum und angesichts
10 eines sich breit machenden Gefühls von bedürfti-
11 gen Menschen, gegenüber anderen sozial bedürfti-
12 gen Gruppen benachteiligt zu werden, besteht hier
13 hoher Handlungsbedarf.

14

15 Begründung

16 Der soziale Wohnungsbau und die Sanierung von
17 Sozialwohnungen in Brandenburg liegen in ei-
18 nem Ungleichgewicht. Die Wohnungsbauprogram-
19 me sind vor allem auf innerstädtische Standorte
20 konzentriert, während ländliche Räume leer ausge-
21 hen. Begründet wird dies damit, dass es in wach-
22 sende Städten und Regionen kaum noch Leerstän-
23 de und es kaum noch mietpreisgebundenen und be-
24 legungsgebundenen Wohnraum gibt. Unterstützt
25 werden sollen vor allem die Haushalte, die sich auf
26 dem Wohnungsmarkt nicht angemessen mit Wohn-
27 raum versorgen können. Hinter dieser im Prinzip
28 richtigen Begründung ist aber der Bedarf von ein-
29 kommenschwachen Haushalten mit Kindern, älte-
30 ren Menschen, Menschen mit Behinderungen, Per-
31 sonen in sozialen Notlagen sowie Studierenden und
32 Auszubildenden auch im ländlichen Raum herun-
33 tergefallen. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum
34 schwappt deutlich spürbar nun auch in den länd-
35 lichen Raum und führt (gleichsam deutlich spür-
36 bar) zu Unmut unter Betroffenen. Das Gefühl, ge-
37 genüber anderen sozial Bedürftigen benachteiligt
38 zu werden, nimmt deutlich zu.

39 Dem muss die Landesregierung entgegenwirken
40 und beispielsweise den bestehenden früheren „LPG-
41 Wohnraumbestand“ in ihre Fördermaßnahmen ein-
42 beziehen. Die betroffenen Kommunen stehen bereit
43 und wollen sanieren, allerdings fehlt es an finanziel-

44 ler Unterstützung. Die gestiegenen Baukosten ver-
45 schärfen diese Lage.